

**Bußgeldkatalog für Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz im Zusammenhang mit der CoronaVO Absonderung in der Fassung vom 2. Dezember 2020**

**I.**

Die folgenden vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstöße gegen Ge- oder Verbote in der CoronaVO Absonderung sind wie folgt zu ahnden:

<b>Verstoß</b>	<b>Adressat</b>	<b>Bußgeldrahmen in Euro</b>	<b>Regelsatz in Euro</b>
Kein unverzügliches Begeben in Absonderung (§ 6 i.V.m § 3 Abs. 1, Abs. 2 CoronaVO Absonderung)	Krankheitsverdächtiger, positiv getestete Person	150-3.000	200
Vorzeitiges Verlassen der Absonderung (§ 6 i.V.m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 CoronaVO Absonderung)	Krankheitsverdächtiger, Positiv getestete Person	150-3.000	200
Kein unverzügliches Begeben in Absonderung nach Kenntniserlangung (§ 6 i.V.m § 4 Abs. 1 CoronaVO Absonderung)	Haushaltsangehörige	100-1.500	130
Kein unverzügliches Begeben in Absonderung nach Mitteilung durch zuständige Behörde (§ 6 i.V.m. § 4 Abs. 2 CoronaVO Absonderung)	Kontaktpersonen der Kategorie I	100-1.500	130
Vorzeitiges Verlassen der Absonderung (§ 6 i.V.m § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 CoronaVO Absonderung)	Haushaltsangehörige, Kontaktpersonen der Kategorie I	100-1.500	130

Unterlassen der Meldung des negativen Testergebnisses eines PCR-Test nach vorangegangenem positivem Antigentest (§ 6 i.V.m. § 4 Abs. 4 Satz 3 CoronaVO Absonderung)	Getestete Person	50-1.000	75
---	------------------	----------	----

## II.

In dem vorstehenden Bußgeldkatalog werden Bußgeldrahmen und Regelsätze für die Bußgeldhöhe bei vorsätzlicher Begehungsweise und einem Erstverstoß genannt, um einen einheitlichen Vollzug bei der Verfolgung und Ahndung der Verstöße zu erreichen.

Die Regelsätze können nach den Grundsätzen des § 17 Abs. 3 und Abs. 4 S. 1 OWiG je nach den Umständen des Einzelfalls innerhalb der Bußgeldrahmens erhöht oder ermäßigt werden. Die Festlegung der konkreten Geldbuße erfolgt im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Verwaltungsbehörde. Dies ist in der Regel die nach § 36 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 OWiG i.V.m. § 2 OWiZuVO i.V.m. § 15 LVG zuständige untere Verwaltungsbehörde als Bußgeldbehörde.

Bei der Festsetzung der Bußgeldhöhe ist unter anderem zu berücksichtigen:

- das Ausmaß der durch die Tat entstandenen Gefahren für die öffentliche Gesundheit,
- ob der Täter oder die Täterin fahrlässig gehandelt hat, sich uneinsichtig zeigt, in besonders rücksichtsloser Weise handelt oder
- ob ein Wiederholungsfall vorliegt.

Bei fahrlässiger Begehung ist der Bußgeldrahmen und der jeweilige Regelsatz zu halbieren (vgl. § 17 Abs. 2 OWiG).

Es ist zu berücksichtigen, ob ein Erstverstoß oder ein Folgeverstoß vorliegt. Im Wiederholungsfalle kann nach § 17 OWiG, § 73 Abs. 2 IfSG eine Geldbuße von bis zu 25.000 Euro verhängt werden.